

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zum Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/1213 —

Abrüstung taktischer Atomwaffen

A. Problem

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind alle bisherigen Voraussetzungen der NATO hinfällig geworden, gegen eine konventionelle Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Mächte im Rahmen der flexible-response-Strategie taktischer Nuklearwaffen zur Verfügung zu halten.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich in Verhandlungen mit denjenigen Staaten, die in Deutschland Atomwaffen stationiert haben, für deren unverzüglichen Abzug einzusetzen; ein Abzug aus Europa ist ebenso geboten wie Verhandlungen über eine kontrollierte weltweite Beseitigung dieser Waffen.

Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/1213 —
abzulehnen.

Bonn, den 1. Juni 1993

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Hans Stercken
Vorsitzender

Peter Kurt Würzbach
Berichterstatter

Katrin Fuchs (Verl)
Berichterstatlerin

Dr. Olaf Feldmann
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Peter Kurt Würzbach, Katrin Fuchs (Verl)
und Dr. Olaf Feldmann**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/1213 — betreffend Abrüstung taktischer Atomwaffen in seiner 54. Sitzung am 7. November 1991 an den Auswärtigen Ausschuß federführend und an den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 22. Sitzung am 4. Dezember 1991 zunächst seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle um eine gutachtliche Stellungnahme zu dem Antrag gebeten.

Der mitberatende Verteidigungsausschuß hat nach seiner Sitzung vom 4. Dezember 1991 dem federführenden Auswärtigen Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit von Vertretern der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste empfohlen, den

Antrag abzulehnen. In seiner Stellungnahme vom 15. Januar 1992 kam der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu dem Schluß, ebenfalls eine Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Das Votum kam gegen die Stimmen der antragstellenden SPD bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustande.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/1213 — in seiner 27. Sitzung der 12. Wahlperiode beraten. Während die Fraktion der SPD und die Vertreter der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste den Antrag befürworteten, lehnten ihn die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. mit ihrer Mehrheit im Ausschuß ab. Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt daher dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags.

Bonn, den 1. Juni 1993

Peter Kurt Würzbach
Berichtersteller

Katrin Fuchs (Verl)
Berichterstellerin

Dr. Olaf Feldmann
Berichtersteller

